zern. Laut britischen Analysten hat die Plattform im vergangenen Jahr immerhin knapp vier Milliarden Dollar Umsatz gemacht.

Der US-Internetunternehmer Jason Calacanis hat sich im Sommer über die aus seiner Sicht unfairen Geschäftsbedingungen beklagt. „YouTube ist gierig.“ Wer nicht nur Kamera, Schnitt-Software und die eigene Arbeitskraft bezahlen müsse, sondern noch einen Autor oder Aufnahmeleiter, könne unmöglich profitabel arbeiten. YouTube hält dagegen: „Tausende Partner“ verdienten jährlich einen sechsstelligen Dollar-Betrag mit ihren Kanälen.

Tatsächlich tragen sich weder das YouTube-Netzwerk Mediakraft noch Endemol beyond aus eigener Kraft. Dass Mediakraft Geld verbrennt, statt welches zu verdienen, mag Geschäftsführer Krachten nicht schlimm finden. Schließlich unterstütze man durch Investitionen die Produzenten dabei, „mehr und bessere Videos zu produzieren“.

Die YouTube-Stars „Lochis“ wollen „irgendwas mit Medien“ studieren. Später. Sie sind erst 14.

Da kommt man dann schon mal auf merkwürdige Ideen: Wenn der Moderator wie vor einigen Monaten bei Endemol beyond aus einem Mazda sendet, bekommt die Produktionsfirma von dem Autokonzern Geld dafür – und darf es auch komplett behalten.

Der Kommunikationsberater Bertram Gugel schätzt, dass den Programm-Machern im Normalfall zwischen einem und vier Euro pro 1000 Abrufe bleiben, abhängig von der Zielgruppe ihrer Videos. Aber die Preise würden fallen, so Gugel. „Außerdem bevorzugen viele Werbetreibende ein Premiumumfeld wie die Mediatheken der Fernsehsender.“ Oder Video-on-Demand-Portale wie Netflix und Watchever. Die attackieren YouTube, indem sie ihren Zuschauern hochklassige Serien und Filme bieten. Der US-Anbieter Netflix lässt exklusiv Serien wie „House of Cards“ produzieren und zeigt sie zunächst nur den eigenen Abonnenten. Damit kann YouTube nicht mithalten.

Die „Lochis“, die beiden YouTube-Wunderkinder aus Hessen, haben ihre eigene Meinung, wie es mit der Plattform weitergeht – und mit ihnen selbst. Ein paar Jahre wollen sie noch bei YouTube aktiv sein, danach studieren, „irgendwas mit Medien, aber mit digitalen Medien“. Sollte das klassische Fernsehen ihnen ein Angebot machen, würden sie sich einen Wechsel überlegen, vielleicht. Selbstbewusst sagen sie: „Das kommt auf die Konditionen an.“

Ann-Kathrin Nezik

NETZWELT

„Wir müssen aufwachen“

EU-Kommissarin Neelie Kroes, 72, über digitale Versäumnisse in Europa, ihre Reformvorschläge und die NSA-Enthüllungen von Edward Snowden

SPIEGEL: Frau Kroes, Sie sind seit 2010 EU-Kommissarin für die „Digitale Agenda“. Nächstes Jahr endet Ihre Amtszeit. Europa ist seither in der Digitalwirtschaft noch weiter zurückgefallen. Keine schöne Bilanz, wie konnte das passieren?

Kroes: Dem kann ich natürlich nur teilweise beipflichten. Zugegeben, wir standen schon mal deutlich besser da, zum Beispiel als wir in den neunziger Jahren den Mobilfunkstandard GSM erfunden und durchgesetzt haben. Damals war Europa weltweit führend. Aber wir haben auch heute diverse Branchen, um die wir beneidet werden, die Nanotechnologie etwa oder die Photonik.

SPIEGEL: Die Papiere, mit denen Sie Ihre aktuellen Reformideen begründen, lesen sich selbstkritischer. Lagos in Nigeria verfüge über ein superschnelles 4G-Netz, die EU-Hauptstadt Brüssel jedoch nicht, heißt es darin. Und lahme Netze sind nicht das einzige Problem. Nokia, der letzte europäische Handy-Hersteller, hat diese Sparte gerade an Microsoft verkauft. Platzhirsche wie Google, Amazon und Facebook sind sowieso alle amerikanisch.

Kroes: Ich will nichts schönreden. Wir haben teilweise den Anschluss verpasst. Als ich das digitale Portfolio in Brüssel übernahm, haben mir viele Leute herzliches Beileid gewünscht, so schwierig schien die Aufgabe. Unsere Telekommunikationsfirmen haben es sich bequem gemacht und deshalb an Innovationskraft verloren. Sie waren damit beschäftigt, ihre alten Geschäftsmodelle zu verteidigen, statt rechtzeitig neue Trends zu erkennen. Und es fehlte ihnen Mut zu investieren.

GERO BRELOER / AP / DPA

Anti-NSA-Protestierende*: *„Wir sind hier nicht in China“*

SPIEGEL: Klingt, als suchten Sie den Schwarzen Peter nur bei den Unternehmen. Ist der Rückstand nicht vielmehr Ausdruck einer verfehlten Politik?

Kroes: Wir sind hier nicht in China, wo die Führung einfach entscheiden kann, einen Sektor umzukrempeln. Wir in Europa können nur Anreize schaffen. Aber die EU-Mitgliedstaaten sind sich einig, dass wir das tun müssen. Mit Bundeskanzlerin Angela Merkel habe ich darüber schon im März auf der Computermesse Cebit gesprochen. Deshalb lege ich jetzt ein Telekom-Paket vor, das mit dem Hauptproblem aufräumen wird: Ausgerechnet in der so immens wichtigen Telekommunikation haben wir den gemeinsamen Binnenmarkt immer noch nicht durchgesetzt. Europa ist in zig nationale Telekom-Fürstentümer aufgespalten. Es gibt mehr als 40 größere Anbieter, in den USA sind es 3.

SPIEGEL: Bei den Betroffenen haben Sie einen Aufschrei ausgelöst. Besonders Ihr Kernvorschlag, hohe Roaming-Gebühren bis 2016 zu verbieten, ruft bei den Konzernen massiven Widerstand hervor. Wenn rund sieben Milliarden Euro an Roaming-Einnahmen in den nächsten Jahren wegfielen, argumentieren manche Firmenchefs, könnten sie noch weniger investieren. Sogar die Grundgebühren müssten sie anheben, auch für Nutzer, die sich gar keine Reise ins Ausland leisten können.

Kroes: Solche faulen Ausreden meine ich, wenn ich von der Bequemlichkeit der Branche spreche. Es ist doch absurd, dass wir in Europa die Ausweiskontrollen an den Grenzen abgeschafft haben, aber bei jeder Auslandsreise erinnert uns eine Warn-SMS daran, dass Telefonieren und Surfen jetzt sündhaft teuer wird. Ich habe in London neulich auf meinem iPad eine Zeitung heruntergeladen und für den Download später zehn Pfund bezahlt! Das muss und wird aufhören, Roaming ist ein totes Geschäftsmodell. Es ist außerdem viel gewinnträchtiger für die Unternehmen, wenn die Nutzer künftig ohne Angst vor Abzocke auch im Ausland ihre Datendienste nutzen.

* Vor dem Neubau der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes am 29. Juli in Berlin.

Politikerin Kroes

WIKTOR DABKOWSKI / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Dieser Tage will sich auch der Europäische Rat auf Ihr Betreiben hin mit der Frage befassen, wie Europa wieder aufschließen kann. Das kommt reichlich spät, und wir prognostizieren wohlfeile Lippenbekenntnisse. Immerhin haben die Mitgliedstaaten die Mittel, die Sie für den Ausbau schneller Netze beantragt hatten, gerade rigoros auf eine Milliarde Euro zusammengestrichen.

Kroes: Das hat mich auch enttäuscht, mit den von mir geforderten 9,2 Milliarden hätten wir bei der Europäischen Investitionsbank ein Vielfaches für den Ausbau der Breitband-Infrastruktur lockermachen können. Ich hätte das gern für ländliche Bereiche aufgewendet, in denen sich die IT-Industrie mit Investitionen besonders schwertut. Aber das Europäische Parlament nimmt sich der Sache jetzt an, also bin ich durchaus optimistisch.

SPIEGEL: Warum sollte Europa mitten in der Finanzkrise, in der alle sparen müssen, mehr Geld für IT ausgeben?

Kroes: Weil die Branche eine der wichtigsten Jobmaschinen ist. In den vergangenen Jahren sind in Europa allein in der aufstrebenden App-Industrie beinahe 800 000 Arbeitsplätze entstanden. Wenn ich auf Kongressen bin, spreche ich manchmal mit 14-jährigen Jungs, die schon zwei Internetfirmen gegründet haben. Jungen Leuten die digitale Innovation zu erleichtern ist das beste Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit in Europa.

SPIEGEL: Sie als Liberale müssten solche staatlichen Hilfen eigentlich ablehnen.

Kroes: Ich glaube sicher nicht an die dirigistische Industriepolitik aus dem vorigen Jahrhundert. Aber manchmal muss man Hilfestellung leisten. Denken Sie nur an das Erfolgsmodell Airbus. Dieser Flugzeugkonzern wäre nie Realität geworden, hätten EU-Mitgliedstaaten nicht gemeinsame Anstrengungen unternommen.

SPIEGEL: Während Sie Roaming-Grenzen niederreißen wollen, macht die Deutsche Telekom mit gegenteiligen Plänen Schlagzeilen: Sie schlägt vor, ein „nationales Netz“ samt Cloud einzurichten für sichere Datenspeicherung.

Kroes: Ich verstehe ja, wenn Deutschland seine hohen Sicherheitsstandards besser vermarkten will. Aber es macht keinen Sinn, bald 28 Clouds in Europa zu haben, das wäre ein Fehler. Wir können den globalen Markt nicht erobern, wenn wir unsere Daten in nationalen Grenzen einsperren.

SPIEGEL: Durch die Enthüllungen des NSA-Whistleblowers Edward Snowden bestätigte sich der Verdacht, dass EU-Mitgliedstaaten sich auch untereinander bespitzeln – wie die Attacke des britischen Geheimdienstes auf den belgischen Telefonanbieter Belgacom beweist. Was sagen Sie dazu?

Kroes: Vielleicht bin ich schon zu abgebrüht, aber ehrlich gesagt, war ich nicht überrascht. Als ich in den siebziger Jahren Regierungsmitglied in den Niederlanden war und auch mit den dortigen Geheimdiensten zu tun hatte, haben die mich gewarnt, heikle Gespräche am Telefon zu führen. Also habe ich mich lieber mit Leuten persönlich getroffen, wenn es um wichtige Themen ging.

SPIEGEL: Ist das ernsthaft Ihre Empfehlung an die EU-Bürger?

Kroes: Wenn Leute heute alles auf Facebook stellen und dann zu mir sagen, ich solle ihre Privatsphäre schützen, denke ich: Ihr seid auch selbst verantwortlich.

SPIEGEL: Das gibt Geheimdiensten noch längst nicht das Recht, private Daten abzugreifen.

Kroes: Nein, dagegen bin ich auch. Ich will nur sagen: Seid nicht naiv und glaubt, dass alle Daten im Netz sicher sind. Man muss sich auch selbst schützen.

SPIEGEL: Aber ist es nicht Aufgabe der Europäischen Kommission, Europas Bürger zu schützen?

Kroes: Natürlich müssen wir unsere Bürger und unsere Wirtschaft verteidigen. Aber Sie müssen auch die Grenzen sehen. Wenn wir uns in Europa nicht mal auf eine gemeinsame Abwehrstrategie gegen Cyber-Attacken verständigen können, wie sollen wir dann mit einer Stimme gegenüber der NSA auftreten?

SPIEGEL: Ist es nicht feige, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA fortzuführen, als wäre nichts passiert?

Kroes: Das haben Sie gesagt. Aber an dem Vorwurf ist schon was dran. Und es hilft natürlich nicht unserer Glaubwürdigkeit, wenn offenbar auch das EU-Mitglied Großbritannien das EU-Mitglied Belgien bespitzelt, selbst – oder gerade – wenn es nach britischem Recht legal sein sollte. Da fällt es schwer, mit moralischem Zeigefinger aufzutreten.

SPIEGEL: Hat der Whistleblower Snowden mit seinen Enthüllungen der europäischen Öffentlichkeit nicht einen großen Dienst erwiesen?

Kroes: Über seine Methoden kann man sicher streiten. Aber dass diese Informationen publik sind, ist durchaus hilfreich.

SPIEGEL: Ihre Kommissionskollegin Viviane Reding, zuständig für Justiz, hat Snowden öffentlich gedankt. Aufgrund seiner Enthüllungen nähmen nun auch Staaten wie Deutschland den europäischen Schutz privater Daten ernster.

Kroes: Na, so weit würde ich nicht gehen. Aber die Snowden-Affäre hat uns allen gezeigt, dass wir endlich aufwachen müssen. Wir brauchen eine starke europäische IT-Industrie. Und wir müssen schlicht wachsamer sein, was mit unseren Daten angestellt wird.

Interview: Marcel Rosenbach, Gregor Peter Schmitz